

Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe KW 18

Koalition arbeitet effektiv zusammen	2	7	Sprachkita Fasanenweg
Die deutsche Wirtschaft wächst	2	8	Freiwillige Feuerwehr Lauenau
Die Industrie braucht TTIP	3	8	Milchhofbetrieb Ebeling
Tschernobyl und Fukushima	3	8	Treffen im Kreishaus Stadthagen
Schutzlücken im Strafrecht schließen	3	9	Schützenfest 2016 in Wendenborstel
Neues Agrarmarktstrukturgesetz	4	9	Spitzenkandidat zur Kreistagswahl
Praktikant Johannes Hudalla	4		
Falsche Anreize für E-Autos	4		
Jugendmedienworkshop in Berlin	5		
Nachhaken im Bundesverkehrsministerium	5		
Breitbandausbau für Schaumburg	6		
Zukunftskongress der Jungen Gruppe	6		
Senioren Union Bückeberg in Berlin	6		
Für ein Fracking-Verbot gestimmt	7		

Koalition arbeitet effektiv zusammen

In einer guten Atmosphäre haben die geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen während ihrer Klausurtagung in Rust wichtige Entscheidungen getroffen:

- **Innere Sicherheit weiter verbessern:** Hier stand der Kampf gegen den Terror, gegen Sextäter und organisierte Einbrecherbanden auf der Tagesordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz, hier sind die Länder gefordert.

- **Mobilität der Zukunft:** Der technologische Fortschritt macht vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien: Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen.

- **Europa:** Gast war der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, dessen Land derzeit den EU-Ratsvorsitz hat. In unserem Europa-Papier haben wir unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt. Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

- **Fluchtursachen bekämpfen:** Die Gründe für Flucht nach Europa und Deutschland sind vielfältig, daher ist eine langfristig strukturbildende Entwicklungspolitik notwendig. Unser Ziel ist es, den Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu bieten und z.B. wettbewerbsfähige Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Entscheidend ist, dass Maßnahmen der Fluchtursachenbekämpfung und Krisenprävention und -bewältigung angemessen ausgestattet und konsequent realisiert werden.

Die deutsche Wirtschaft wächst

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke

Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Die Bundesregierung erwartet für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen..

Die Industrie braucht TTIP

Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigten kürzlich über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neueste Produktionstechnik für die Fabrik von morgen. Die Hannover Messe 2016 zeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt.

Partnerland in diesem Jahr waren die USA, die den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen

Freihandelsabkommen abschließen, werden unsere exportorientierten Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlerzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. Die große Koalition verabschiedet in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Es handelt sich um einen industriellen Kern von zentraler Bedeutung für die industriellen Wertschöpfungsketten, der aufgrund von Überkapazitäten vor allem in China mit staatlich subventionierten Niedrigstpreisen und geringeren Emissionsauflagen konkurrieren muss.

Tschernobyl und Fukushima

Zu den Jahrestagen der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima gedachten wir mit einem Antrag beiden Unglücken. Wir fordern die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland weiter umzusetzen, höchste Sicherheitsniveaus deutscher Kernkraftwerke gegen terroristische Angriffe zu gewährleisten und auch auf europäischer und internationaler Ebene wie bisher für diese Ziele einzutreten. Darüber hinaus soll der Ukraine weiter bei der Beseitigung der Folgen des Tschernobyl-Unglücks geholfen werden - insbesondere durch Linderung der medizinischen und sozialen Spätfolgen.

Schutzlücken im Strafrecht schließen

Mit dem Gesetzesentwurf zur "Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung", den wir in erster Lesung beraten haben, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das

Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Neues Agrarmarktstrukturgesetz

Aufgrund der anhaltend schlechten Marktsituation bei Milcherzeugnissen wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossenschaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Wir haben mit der Umsetzung dieses Beschlusses in deutsches Recht in erster Lesung begonnen. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das BMEL zum Erlass von Rechtsverordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-anerkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.



Praktikant Johannes Hudalla

In den letzten vier Wochen hat der Student der Politikwissenschaften Johannes Hudalla aus Rodenberg ein Praktikum in meinem Berliner Büro und im Bürgerbüro Stadthagen absolviert. "Insgesamt boten sich mir vier abwechslungsreiche und informative Wochen und ich freue mich sehr, diese Chance erhalten zu haben. Mein ganz herzlicher Dank gilt daher Herrn Beermann, der mir dieses Praktikum ermöglichte, sowie Herrn Müller und dem gesamten Team. Die vergangenen vier Wochen werden mir in schöner Erinnerung bleiben", erklärte Hudalla nach seinem Praktikum.

Kaufprämie für E-Autos setzt falsche Anreize

Für die geplante Kaufprämie auf Elektroautos habe ich nur wenig Verständnis. Sicherlich ist es notwendig, neue Technologien wie die Elektromobilität zu fördern. Bei diesem Ansinnen muss allerdings auf die Forschung und den Technologietransfer gesetzt werden und nicht auf rein konsumtive Kaufanreize.

Der Absatz der E-Autos geht schleppend voran. Die Absatzzahlen steigen zwar jährlich, noch aber recht linear. Dies liegt zum einen an der mangelnden Reichweite der meisten Mittelklasse-Modelle, zum anderen am lückenhaften Ladesäulennetz. Aus diesem Grund wäre hier ein wirkungsvoller Ansatzpunkt für die staatliche Förderung gewesen. Neben der Batterieforschung ist es erforderlich, dass wir insbesondere im ländlichen Raum die Ladeinfrastruktur verbessern. Wir brauchen zudem eine einheitliche Ladesäulen- und Abrechnungstechnik. Das verbraucherfreundlichste Modell sollte hier Vorrang haben, denn der Erfolg wird auch davon abhängig sein, wie viel es kosten wird, sich eine eigene Ladesäule, abseits der normalen Haushaltssteckdose, zu leisten.

Für mich haben integrierte Mobilitätskonzepte, die neben den E-Autos auch den ÖPNV, gewerbliche Fahrzeuge und E-Fahrräder in den Blick nehmen zudem einen höheren Nutzen, als die Konzentration auf eine Mobilitätsform. Die jetzt geplante Kaufprämie für E-Autos ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll und bringt unseren Automobilstandort Deutschland nicht nachhaltig voran.



Jugendmedienworkshop in Berlin

In der letzten Sitzungswoche fand der Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages mit dem Titel „Eine andere Heimat“ statt. Mit dabei war Carolina Pfau aus Stolzenau. Die Teilnehmer des Jugendmedienworkshops diskutierten mit Experten und Parlamentariern im Bundestag über die aktuelle Flüchtlingskrise und erhielten einen Einblick in die journalistische Praxis, während ihrer Hospitation.

Beermann hakt im Bundesverkehrsministerium nach

Wie kürzlich angekündigt fand nun das Treffen der Abgeordneten der beiden Regierungsfractionen mit dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, in Berlin statt, um Stellung gegen die zweigleisige trassenferne Schienenausbauvariante Hannover-Bielefeld zu beziehen. Ich unterstreiche nach diesem Treffen die Ablehnung gegenüber der Tunnelstrecke zwischen Porta Westfalica und Ectorf (Bückeburg) und der Landschaftszerschneidung im Schaumburger Land durch zwei zusätzliche Gleise.



Zusammen mit meinen Kollegen von der CDU und SPD aus Wahlkreisen entlang der Trasse Bielefeld-Hannover erläuterte ich dem zuständigen Staatssekretär Enak Ferlemann ausführlich die Gründe unserer Ablehnung der geplanten Neubaustrecke. Wir forderten das Bundesverkehrsministerium eindringlich auf, die Interessen der heimischen Region zu berücksichtigen und anstatt der aufgeführten Neubaustrecke den 4-gleisigen

Ausbau Minden-Haste mit den damit verbundenen Lärmschutzmaßnahmen voranzutreiben.

Staatssekretär Ferlemann erklärte, dass der Planungskorridor nicht einfach nur Bielefeld – Hannover sei, sondern sich von Rotterdam nach Warschau erstrecke. Bislang gäbe es keine Festlegung auf eine bestimmte Ausbauart sondern lediglich den Willen, dass ein (Neu-)Ausbau stattfinden solle, da dies eine Kernstrecke in Deutschland sei. Ferlemann sicherte zu, die Bedenken und Argumente aufzunehmen und das geplante Vorhaben nochmals genau zu prüfen. Er erläuterte zudem, dass Lärmschutzmaßnahmen – sowohl aktiv als auch passiv – mittlerweile nicht nur beim Neubau sondern auch beim Ausbau ergriffen werden. Ich übergab dem Staatssekretär einen Fragekatalog mit Fragen, welche ich in zahlreichen Gesprächen im Wahlkreis aufgenommen habe und welche nicht abschließend geklärt werden konnten.

Ziel ist es, dass im Kabinettsbeschluss, der vor Beginn des Sommers gefasst werden soll, die Tunnelstrecke und die Zerschneidung der Landschaft durch zwei zusätzliche Gleise, nicht mehr enthalten ist. Dafür muss der 2-gleisige trassennahe Ausbau der Strecke Minden-Haste eindeutig im Bundesverkehrswegeplan festgelegt werden. Ich will, dass der Parlamentsbeschluss für das Ausbaugesetz aus dem Jahre 2004 wirksam wird. Das Gespräch war ein weiterer wichtiger Schritt für das gemeinsame Ziel unserer Region. Ich bleibe in jedem Fall am Ball. Das sind wir vor allem den vielen Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die sich aus guten Gründen gegen die geplante Neubaustrecke engagieren.

Maik Beermann - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin



Breitbandausbau für Schaumburg

Der Breitbandausbau in Schaumburg kann beginnen! Kürzlich wurde hierzu ein Förderbescheid in Höhe von 2,9 Millionen Euro von Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU) an den schaumburger Landrat Jörg Farr übergeben. Insgesamt wurden 55 Bescheide ausgehändigt, davon fünf für Kommunen in Niedersachsen. Einen großen Dank auch an Dieter Brennecke, der den gesamten Prozess fachlich begleitet hat.

Zukunftskongress der Jungen Gruppe

Kürzlich fand der Zukunftskongress "Deutschland 2050 – Gesellschaft, Mobilität, Arbeit" der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag statt. Die Junge Gruppe feierte mit diesem Kongress ihr 25 jähriges Bestehen und diskutierte über wichtige Fragen. Wie machen wir Deutschland fit für die Zukunft? Wie können wir unsere Werte garantieren, Mobilität für uns nutzen und mit unserer Arbeit weiterhin Wohlstand schaffen? Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte der Jungen Gruppe.



Senioren Union Bückeberg in Berlin

In der letzten Sitzungswoche habe ich mich über den Besuch der Senioren-Union Bückeberg in Berlin gefreut. Vielen Dank für Euren Besuch und das rege Interesse an meiner Arbeit.



Maik Beermann - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

Für ein Fracking-Verbot gestimmt

Ich habe in der letzten Sitzung des Bundestages dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Untersagung von Fracking in Deutschland zugestimmt. Der Gesetzesentwurf wurde eingereicht, bevor die große Koalition zu einer Einigung über ein eigenes Fracking-Gesetz kam.

Dem Entwurf der Grünen habe ich zugestimmt, da er mein derzeitiges Meinungsbild zum Fracking widerspiegelt. In der Gemeinde Rodewald in meiner Heimatsamtgemeinde Steimbke sind Leukämieerkrankungen gehäuft aufgetreten, die auf die Jahrzehnte lange Erdölförderung zurückzuführen sein könnten. Das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen sieht die Signifikanz der gesteigerten Rate nicht als erfüllt an, da mit 20 Erkrankten im Untersuchungszeitraum 2003-2015 die zu erwartende Zahl von 12,7 deutlich überstiegen wird, für eine Signifikanz im wissenschaftlichen Sinne jedoch 21 Erkrankte vorhanden sein müssten. Bundesweit gibt es jedoch ähnliche gesteigerte Raten in Fracking-Gebieten, die derzeit noch untersucht werden.



Die Sicherheit und Gesundheit der Mitbürgerinnen und Mitbürger steht für mich noch vor den wirtschaftlichen Interessen an erster Stelle. Die Auswirkungen des unkonventionellen Frackings sind meines Erachtens noch nicht ausreichend wissenschaftlich geklärt. Daher lehne ich die Erdgasförderung durch das sogenannte unkonventionelle Fracking nach dem jetzigen Stand der Technik ab. Solange Fracking nicht ohne wassergefährdende Stoffe möglich ist und eine Gefährdung von Menschen, Trinkwasser und Umwelt nicht hinreichend wissenschaftlich ausgeschlossen ist, sollte diese Technologie nicht zum Einsatz kommen. Auch das aktuell aufgetretene Erdbeben im Landkreis Verden mit zahlreichen Schäden an Gebäuden, veranlassen mich, als selbstbewusster Abgeordneter, zu dieser Entscheidung, dem Gesetzentwurf der Grünen zuzustimmen.

Der Entwurf der Grünen wurde heute zwar mehrheitlich vom Deutschen Bundestag abgelehnt, jedoch werden die weiteren Beratungen der CDU/CSU-Fraktion mit der SPD zeigen müssen, ob der kommende Gesetzesentwurf der Koalition derart eng und sicher gestrickt sein wird, dass er meine Bedenken ausräumen kann.

Sprachkita Fasanenweg

Zu Gast in der Kindertagesstätte Fasanenweg der AWO Schaumburg. Die Kita ist eine von sechs im Landkreis Schaumburg, die der Bund mit insgesamt 57.000 Euro aus dem Bundesprogramm "Sprachkitas" fördert. Als Mitglied im zuständigen Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wollte ich mich einmal davon überzeugen, was mit den Fördergeldern so passiert. Ich darf bestätigen: Sehr gut investiertes Geld!



Freiwillige Feuerwehr Lauenau

Ich besuchte die Freiwillige Feuerwehr Lauenau bei ihrem wöchentlichen Übungsdienst, um mit den Kameradinnen und Kameraden ins Gespräch zu kommen, denn sie sind es, die an die Einsatzorte ausrücken und in ihrer Freizeit Schwerstarbeit leisten, um Menschen zu retten.

Milchhofbetrieb Ebeling

Bei der Besichtigung des Milchhofbetriebs Ebeling in Rolfshagen (Auetal) sprach ich mit der Familie Ebeling über die derzeit wirtschaftlich angespannte Situation der Milchbauern, sowie mögliche Schwierigkeiten beim neuen Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Für mich gehört die Landwirtschaft zum ländlichen Raum. Sie bietet Arbeitsplätze, qualitative Produkte und eine Perspektive für junge Menschen auf dem Land. Auch wenn es schwer ist, lohnt es sich, sich dafür einzusetzen, dass die

Landwirtschaft stark aus der aktuellen Krise hervorgeht.



Treffen im Kreishaus Stadthagen

Kürzlich traf ich mich mit dem Schaumburger Landrat Jörg Farr, dem Ersten Kreisrat Klaus Heimann, den Samtgemeindebürgermeistern aus Bad Nenndorf (Mike Schmidt), Lindhorst (Andreas Günther) und Nienstädt (Ditmar Köritz), sowie

dem Fachbereichsleiter Bau in Bückeberg Jörg Klostermann im Kreishaus in Stadthagen um in einem Gespräch die Meinungen und Stellungnahmen zum geplanten Ausbau der Strecke Bielefeld – Hannover aufzunehmen.

Es bestand Einigkeit darin, dass ein trassennaher Ausbau favorisiert wird. Landrat Farr betonte, dass durch den trassenfernen Ausbau erheblich in die Strukturen des Schaumburger Landes eingegriffen würde und durch lange Bauzeit und Grundwasserabsenkung erhebliche Auswirkungen für die Landwirtschaft als auch für die Bückeburger Niederungen eintreten würden. Schmidt kritisierte den enormen Flächenverbrauch in der Samtgemeinde Bad Nenndorf und akzeptiere nicht den Einschluss von Hohnhorst durch die neuen Gleise.

Schützenfest 2016 in Wendenborstel

Ein wunderbares Schützenfest 2016 in Wendenborstel ist nach drei tollen Tagen zu Ende gegangen. Als 1. Vorsitzender bin ich stolz auf unseren Verein, aber vor allem auch auf unser kleines Wendenborstel. Es ist einfach schön, wie die junge und alte Generation zusammen feiern kann! Vielen Dank an die Dudenser, Live, den Musikverein Nörde und dem Spielmanszug Erichshagen-Wölpe, welche die Garanten für ein richtig gutes Fest waren.

Ein weiterer Dank gilt unserem Königshaus 2016 um König Frederic Bargull und allen, die zum Gelingen beigetragen haben! Wendenborstel: Nicht nur lebens- sondern auch liebenswert!



Spitzenkandidat zur Kreistagswahl

Der CDU Kreisverband Nienburg hat mich in einer basisdemokratischen Entscheidung zum Spitzenkandidaten des Wahlbereichs III (Steimbke, Mittelweser, Rehburg-Loccum) für die Kommunalwahl am 11. September dieses Jahres gewählt.

Die Kommunalpolitik ist mein Steckenpferd. Es ist wichtig zu erleben, wie die Gesetze, die in Berlin beschlossen werden, vor Ort ankommen. Wir wollen als CDU geschlossen dafür sorgen, dass wir die Politik in unserem Landkreis zukünftig wesentlich mitgestalten können.